

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 12/2016

09. Dezember 2016

GdP-Betreuungseinsatz rund um das OSZE-Treffen auf vollen Touren

Die gelb-grünen Westen mit dem grünen GdP-Stern leuchten inmitten der vielen Einsatzkräfte aus ganz Deutschland. Rund 13.000 Polizistinnen und Polizisten sind in der Hansestadt zusammengezogen worden, um das OSZE-Außenministertreffen zwei Tage lang zu beschützen. Diese Dimension ist für einen Polizeieinsatz nicht alltäglich. Auch die Betreuung der Gewerkschaft der Polizei hat wahre Größe: Mehr als 50 GdP-Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet sind vor Ort, um den Einsatzkräften bei sehr kühlen Temperaturen mit etwas Aufwärmendem zu erfreuen.

Nach Angaben der Organisatoren sind zehn GdP-Teams seit dem frühen Donnerstag mit 1.000 Liter "wohl schmeckenden Kakaos", so die Meinung der Empfänger am Start. Zudem werden insgesamt 64 Kilogramm Kaffee in flüssiger Form ausgeschenkt, 100 Kartons Schokolade an die Frau oder den Mann gebracht und acht Stiegen Äpfel. Die eingesetzten Kräfte aus vielen Orten Deutschlands reagieren begeistert auf diesen Service, hieß es. Sehr gut kommen auch die Pins an, die an dieses Treffen erinnern. "Wir fahren die ganze Nacht durch, um unsere Kolleginnen

und Kollegen zu unterstützen", kündigten die Organisatoren an. Auch am Freitag ist die Betreuung sichergestellt, bis die letzten Einsatzkräfte Hamburg wieder verlassen.



Die GdP im Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen. Foto: Holecsek

Gesetz zu Gewalt gegen Polizisten kurz vor der Umsetzung

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) erwartet von den politisch Verantwortlichen, dass nach der Ankündigung von Bundesjustizminister Heiko Maas, die Gewalt gegen Polizisten härter bestrafen zu wollen, der entsprechende Gesetzentwurf zügig

Heiko Maas Berliner Polizisten auf dem Abschnitt 53 besuchte. Die Politiker informierten sich an der Basis über die Arbeit der Polizei.

Das jahrelange politische Handlungsvakuum habe hierzulande zu



Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow (2. v. l.) besuchte gemeinsam mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel (r.) und dem Bundesjustizminister Heiko Maas (2. v. r.) Berliner Polizisten auf dem Abschnitt 53. Ganz links im Bild GdP-Personalrat in der Direktion 5 Bernd Mastaleck. Foto: Zielasko

Gesetzeskraft erlangt. „Angesichts der täglichen Anfeindungen und tätlichen Angriffe auf meine Kolleginnen und Kollegen muss jetzt schnell gehandelt werden, um endlich ein klares Signal der Abschreckung an die Täter zu senden“ sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow, der am Freitag an der Seite des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel und von Bundesjustizminister

einem Respekt- und Autoritätsverlust und einer Spirale der Gewalt geführt, unter der mittlerweile bekanntlich auch Rettungskräfte, Justizbedienstete und viele andere Behördenvertreter zu leiden haben, so Malchow weiter. Zugleich nehme die Frustration der Kolleginnen und Kollegen über zu lasche Urteile der Justiz bei Gewalttaten gegen Polizisten zu. „Deshalb fordern wir jetzt von der Politik einen Schulterchluss für die Interessen der Polizei“, sagte er. Die GdP fordert bereits seit sieben Jahren, die tätlichen Angriffe auf Polizisten zum Straftatbestand zu machen.

Der neue Schutzparagraf solle klarmachen, wer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte angreife, müsse mit einer Haftstrafe rechnen, erklärte der GdP-Bundesvorsitzende. Dabei würde künftig nicht nur Gewalt bei „Vollstreckungshandlungen“ – wie etwa Festnahmen oder Verkehrskontrollen – bestraft, sondern

Gesetz zu Gewalt gegen Polizisten kurz vor der Umsetzung

schon Störungen der Arbeit von Polizisten, Rettungskräften und Feuerwehrleuten an sich.

Maas kündigte nach dem Gespräch mit Polizistinnen und Polizisten an, den entsprechenden Gesetzesentwurf noch in diesem Jahr auf den Weg zu bringen. „Wir werden tätliche Angriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte in Zukunft härter sanktionieren. In besonders schweren Fällen soll es eine Mindeststrafe von sechs Monaten geben“, sagte der Bundesjustizminister. „Was darunter zu verstehen ist, wollen wir deutlich ausweiten: Wenn ein tätlicher Angriff – etwa bei Demonstrationen – gemeinschaftlich von

mehreren Personen verübt wird, soll dies als besonders schwerer Fall gewertet werden. Ebenso, wenn ein Angreifer eine Waffe oder ein gefährliches Werkzeuge mit sich führt – egal, ob er sie auch einsetzen will.“

In dem Gespräch ging es auch um eine Auflösung der Besoldungsunterschiede der Kolleginnen und Kollegen. „Es ist nicht hinnehmbar, dass in manchen Bundesländern Polizeibeamtinnen und -beamte für die gleiche Aufgabe teils mehrere hundert Euro weniger erhalten“, kritisierte Malchow.



SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel (r.) und Bundesjustizminister Heiko Maas (2. v. r.) erfahren aus erster Hand die drückenden Probleme der Polizistinnen und Polizisten. In der Runde dabei auch der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow (3. v. r.) und der GdP-Personalrat Bernd Mastaleck (4. v. r.). Foto: Zielasko

Beschlüsse der Innenministerkonferenz November 2016

Bei der Ende November in Saarbrücken stattfindenden Innenministerkonferenz (IMK) gab es einige nennenswerte Beschlüsse, die wir hier kurz zusammenfassen wollen:

Im **Kampf gegen Cyberkriminalität** wollen die Länder ihre Zusammenarbeit mit dem Bund ausweiten. Die IMK fordert einen leichteren und unproblematischeren Zugriff auf sogenannte Messengerdienste wie z.B. „WhatsApp“. Der IMK-Vorsitzende Klaus Bouillon sagte, es dürfe nicht sein, dass die Strafverfolgungsbehörden „wie bislang hilflos zuschauen müssen, wenn Kriminelle über diese Dienste Straftaten planen.“ Auch der GdP-Landesvorsitzende Peter Schall äußerte sich in einem Interview mit dem Deutschlandfunk zu diesem Thema und beklagte, dass „die Polizei hier außen vor ist“. Die GdP unterstütze deshalb die Forderung nach einer besseren Überwachung dieser Dienste und das Schaffen internationaler Standards dabei.

Ein essentieller Beschluss ist die Schaffung einer **zentralen Polizei-Datenbank** für alle Ermittler. Bouillon bezeichnete diesen Schritt als „Zäsur“. Bisher gibt es 19 verschiedene Erfassungssysteme, die nun zusammengefasst werden sollen. Künftig könne „jeder Polizist in Deutschland mit einem Knopfdruck alle Daten erhalten“.

Einig war man sich auch darin, die **Bußgelder für Verkehrssünder zu erhöhen**. Laut IMK seien diese bis dato „viel zu billig“ im europäischen Vergleich. Vor allem dort soll es Erhöhungen geben, „wo Menschenleben gefährdet sind.“ Im Sinn hat man hier vor allen Dingen Drängeln auf der Autobahn oder deutlich überhöhte Geschwindigkeit im innerstädtischen Bereich. Die De-

tails sollen zeitnah mit Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) erläutert werden.

Darüber hinaus sollen auf Wunsch der IMK auch die **Strafen für Einbrecher erhöht werden**. Bundesinnenminister de Maiziere (CDU) fordert die Abschaffung des minderschweren Falls des Wohnungseinbruchs. Die Mindeststrafe solle auf mindestens ein Jahr festgelegt werden. Hier konnte man sich aber im Detail ebenso wenig auf eine konkrete Vorgehensweise einigen wie in dem Punkt „**Waffenbesitz**“. Zwar will man Extremisten den Zugang zu Waffen erschweren, das Wie ist aber noch unklar. Hier herrschte vor allem Dissens in den Unionsparteien. Der bayerische Innenminister Herrmann (CSU) sagte der SZ: „Wir müssen alles tun, zu verhindern, dass Extremisten Waffen bekommen“. Andere Unionsabgeordnete befürchten bei einer generellen Überprüfung von Waffenscheinbesitzern aber den Unmut von Sportschützen und Jägern. De Maiziere fasste den Sachverhalt so zusammen: „Es muss eine Lösung geben, die sicherstellt, dass die Waffenbehörden berechenbar Kenntnis über extremistische Bezüge von anderer Stelle erhalten.“

Zuletzt wollte die IMK die **Abschiebungen** von Flüchtlingen ohne Anspruch auf Schutz in Deutschland in ihre Heimatländer verschärfen. Es bestand Einigkeit darüber, dass im Bereich sowohl der freiwilligen Rückführung als auch der Abschiebungen Verbesserungsbedarf besteht. Unklar bleibt bis zuletzt, wie die bis Ende 2017 erwarteten 500.000 „Ausreisepflichtigen“ zurückgeführt werden sollen. Hier gab es im Detail unterschiedliche Ansichten zwischen Unions- und SPD-Ministern.

Bayern unterstützt Bundespolizei bei Grenzkontrollen

Bayern stellt der Bundespolizei ab Mitte Dezember 2016 bis auf weiteres eine Hundertschaft der Bayerischen Bereitschaftspolizei zur Unterstützung der Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze zur Verfügung. Das hat heute Bayerns Innenminister Joachim Herrmann mit Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière vereinbart. „Die Bewältigung der Migrati-



Clemens Murr bezieht Stellung in der BR-Abendschau. Zum Öffnen des Beitrags bitte einfach das Bild anklicken.

onslage ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Bereits seit September 2015 arbeiten die Bundespolizei und die Bayerische Polizei an der deutsch-österreichischen Grenze eng und vertrauensvoll zusammen. Diese gute Zusammenarbeit wollen wir jetzt ausbauen“, so Bundesinnenminister de Maizière. „Vor allem geht es um intensivierte und möglichst lückenlose Kontrollen der grenzüberschreitenden Hauptverkehrswege“, betonte Herrmann. „Dadurch wird unser Kontrollnetz noch enger.“

Die Bundespolizei wird ihr Augenmerk bei den Kontrollen weiterhin auf eine sichtbare Präsenz an den Grenzübergängen legen. Daneben werden die Schleierfahndungskontrollen von Bayerischer Polizei und Bundespolizei im grenznahen Raum wie bisher in enger Abstimmung fortgeführt. Dazu Herrmann und de Maizière: „Solange der EU-Außengrenzschutz keinen ausreichenden Schutz vor Terroristen und kriminellen Schleuserbanden bietet, müssen wir konsequent auf Personenkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze setzen. Da führt kein Weg vorbei.“ Herrmann ergänzte: „Zusätzlich habe ich Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble gebeten, auch Kräfte des Zolls für Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze zur Verfügung zu stellen.“

Seit Juli 2016 wurden durch die Bundespolizei rund 4.700 Personen an der deutsch-österreichischen Grenze zurückgewiesen. Am 11. November 2016 hatte der Rat auf Vorschlag der Europäischen Kommission empfohlen, die vorübergehenden Grenzkontrollen unter anderem an der deutsch-österreichischen Grenze zunächst fortzusetzen. Die gemeinsamen Grenzkontrollen werden auch weiterhin unter der Verantwortung der für grenzpolizeiliche Aufgaben zuständigen Bundespolizei laufen. Sie legt die Art und Weise der Kontrollen fest. Dabei werden die bayerischen Polizisten der Bundespolizei unterstellt. Die bayerischen Unterstützungskräfte kommen wechselweise von Bereitschaftspolizeistandorten aus ganz Bayern. (PM des StMI vom 05.12.2016)

Anmerkung der GdP: Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei, Clemens Murr, sieht derzeit aufgrund der derzeitigen Fülle an Aufgaben keine Möglichkeit, Beamte der Bereitschaftspolizei aus bestimmten Bereichen abzuziehen, um sie dafür bei Grenzkontrollen einzusetzen. Er sieht die Einsatzkräfte mit ihren ohnehin schon überlaufenden Überstundenkonten am absoluten Limit.

Evaluation zur Zentralstelle „Interne Ermittlungen“ bescheinigt den Polizeibeschäftigten hohes rechtsstaatliches Ethos

Im Abschlussbericht der Evaluation Zentralstelle „Interne Ermittlungen“ im Bayerischen Landeskriminalamt hat Innenminister Herrmann ein durchweg positives Fazit des vor drei Jahren vollzogenen Schrittes gezogen. Er stellte klar, dass dies ein richtiger und wichtiger Schritt war, um Anzeichen von Befangenheit von vornherein entgegenzutreten. Derweil attestierte er der überragenden Mehrheit der Polizeibeamten in Bayern eine hoch professionelle und engagierte Arbeit. Die Zielvorgaben dieses Unterfangens, Verfehlungen von Polizeibeamten konsequent zu verfolgen, dem Bürger Transparenz zu vermitteln und die bayerischen Polizisten vor ungerechtfertigten Vorwürfen zu schützen seien klar erfüllt worden. Außerdem ist mit der jetzigen Verfahrensweise klar, dass alle Ermittlungen bei im Dienst begangenen Straftaten durch Beschäftigte der Bayerischen Polizei sowie die Sachbearbeitung nach einem polizeilichen Schusswaffengebrauch mit verletzten oder getöteten Personen beim LKA liege. Zudem liegt inzwischen ein klarer Katalog vor, wann genau ein Beamter als Beschuldigter zu führen ist.

Jährlich hat es die Zentralstelle relativ konstant mit ca. 1.000 Fällen zu tun, wobei „Körperverletzung im Amt“ (327), „Strafvereitelung im Amt“ (93) und „Verletzung von Dienst- und Privatgeheimnissen“ (81) die häufigsten Delikte sind. Nach Abschluss der Untersuchungen kam es lediglich in 12 Fällen zu strafrechtlichen Verurteilungen oder zum Erlass von Strafbefehlen, darunter nur einer wegen Körperverletzung im Amt. In der absolut großen Mehrheit der Fälle erfolgt eine Einstellung

des Verfahrens. Herrmann erläuterte den Ausschussmitgliedern, dass es im Rahmen von polizeilichen Zwangsmaßnahmen immer häufiger zu reflexartigen Gegenanzeigen gegen die Einsatzkräfte käme, die jedoch – wie hier deutlich wird – **in den allermeisten Fällen jeglicher Grundlage entbehren.**

Bei der Aufarbeitung der angezeigten Fälle lobte Herrmann den vorbildlichen Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Polizeiverbänden und der Justiz. Den schmalen Grat zwischen Fürsorgepflicht gegenüber dem betroffenen Beamten und der notwendigen Aufklärung unter Berücksichtigung etwaiger disziplinarischer Maßnahmen gelingt den meisten Vorgesetzten bei der jetzigen Praxis sehr gut. Auch in der justiziellen Praxis hat sich die jetzige Handhabung bewährt. Zum Vergleich erwähnte Herrmann, dass es nur in sechs anderen Bundesländern ähnlich geartete zentrale Ermittlungsstellen gebe. Dem Wunsch der Grünen nach einem eigenen unabhängigen Ombudsmann für die Polizei erteilte die Ausschussmehrheit eine klare Absage.

Der Vorsitzende des Innenausschusses, Dr. Florian Herrmann (CSU) dankte dem Innenminister zum Abschluss für den Bericht und zeigte sich erfreut über das hohe rechtsstaatliche Ethos der bayerischen Polizei. Er drückte allen Polizeibeschäftigten den Dank und die Anerkennung seines Gremiums aus. Das erfreuliche Ergebnis des Berichts sei seiner Ansicht nach Folge hervorragender Aus- und Fortbildung, guter Personalauswahl und konsequenten Ermittlungen bei Fehlverhalten.

Erstmals vorgelegter Sicherheitsbericht Bayern zeigt zwiespältiges Bild

In der Sitzung des Innenausschusses am 8.12. stellte Innenminister Joachim Herrmann erstmalig einen ausführlichen Sicherheitsbericht für Bayern vor. Dieser sollte laut Beschluss des Bayerischen Landtags eine verlässliche Bestandsaufnahme der Kriminalitätsslage enthalten und über die bloße Analyse



der Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgehen. Grundlagen für den Report sind laut StMI Erhebungen und Analysen des BLKA. Das BLKA hat dazu unter anderem alle bayerischen Polizeipräsidien sowie andere betroffene Ministerien eingebunden, aber auch gesellschaftlich relevante, wissenschaftliche Studien miteinbezogen. Besonders an dem Report ist, dass auch Erkenntnisse aus der Dunkelfeldforschung berücksichtigt werden und sich so ein differenzierteres Bild als beispielsweise in der PKS zeigt.

Das Sicherheitsniveau ist laut Herrmann hoch, was allen voran an der motivierten und engagierten Arbeit der bayerischen Polizeibeamten liege und Bayern zum sichersten Bundesland mache. Zugleich musste er aber einräumen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger zuletzt Schaden genommen hat. Erstens durch die Anschläge in Würzburg und Ansbach, die auf den islamischen Terrorismus zurückzuführen sind und die bisher eher abstrakten globalen Terrorbedrohungen ganz reell in Bayern ankommen ließen. Und zweitens wegen des Anstiegs der Cyberkriminalität sowie der Wohnungseinbruchskriminalität. Beim Thema Internet ist ein tatsächlicher Anstieg der Delikte von 32,4% zu verzeichnen bei gleichzeitigem Rückgang der Auf-

klärungsquote. Noch dazu ist hier von einem besonders hohen Dunkelfeld auszugehen, da nur ein Teil der Geschädigten den Weg zu den Sicherheitsbehörden sucht. Demnach wurde in den letzten fünf Jahren etwa ein Viertel der Bevölkerung Opfer eines Internetdelikts. Bei den Wohnungseinbrüchen leide das subjektive Sicherheitsgefühl ebenso, obwohl die Fallzahlen 2015 in Bayern sogar zurückgegangen seien. Die Aufklärungsquote liegt hier aber mit nur 16% auf niedrigem Niveau. LPP Prof. Dr. Schmidbauer bat die Mitglieder des Innenausschusses daher dringend um die Ausweitung des rechtlichen Instrumentariums zur Bekämpfung dieses Phänomens, z.B. in Form einer abgestuften Auskunftsmöglichkeit von Telefondaten zur Ortung potentieller Täter. Herrmann forderte zur stärkeren Abschreckung zudem eine Mindeststrafe von einem Jahr.

Die weiteren wesentlichen Ergebnisse des Sicherheitsreports hier kurz im Überblick: die Gewaltdelikte sind im Vergleichszeitraum 2011-2015 zurückgegangen, vor allem im öffentlichen Raum. Vor allem bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung ist gar ein Rückgang von etwa fast 1.000 Fällen zu verzeichnen. Die Gewalttäter sind zu über 80% männlich, überwiegend heranwachsend und häufig alkoholisiert. Bei diesem potentiellen Täterkreis bedürfe es dringend ganz gezielter Präventionsarbeit, war man sich bei der Aussprache einig. Gestiegen ist die Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger ebenso wie die nichtdeutscher Opfer. Ursache dafür sei u.a. die Häufung von Zwischenfällen in Flüchtlingsunterkünften, wo verschiedene Ethnien aufeinander treffen und dann nicht selten gewalttätig werden. Hier hat sich die Fallzahl seit 2014 aus naheliegenden Gründen eklatant erhöht. Angestiegen ist laut Herrmann auch die politisch motivierte Kriminalität. So waren es im Jahr 2015 im Bereich Linksextremismus 173 Fälle (2011: 62) und im Bereich Rechtsextremismus 93 Fälle (2011: 58). Im Bereich islamistischer Extremismus waren es mit 30 Fällen in 2015 sogar sechsmal so viele wie in 2011. Herrmann hob das Sicherheitskonzept der Staatsregierung „Sicherheit durch Stärke“ mit jährlich 500 zusätzlichen Einstellungen hervor und forderte zudem im Ausschuss eine Reihe rechtspolitischer Maßnahmen wie die elektronische Aufenthaltsüberwachung von verurteilten Terroristen, eine praxisingerechtere Ausgestaltung der Verkehrsdatenerhebung, eine gesetzliche Klarstellung der Zulässigkeit der Quellen-TKÜ sowie die Wiedereinführung der Strafbarkeit für Sympathiewerbung für terroristische und kriminelle Vereinigungen. Der Sicherheitsbericht soll zukünftig vor-aussichtlich alle zwei Jahre erscheinen. (MWi)

MIT RECHT

solidarisch! Rechtsschutz mit der GdP

*Menschlich,
verlässlich,
für Alle!*



KG Isar-Loisach wählt neuen Vorsitzenden

Neuwahlen der Vorstandschaft standen am 01.12.2016 im Seehausener Gasthof Stern für die KG Isar-Loisach an. Nachdem der im Jahr 2014 gewählte Vorstand Peter Kaul aus gesundheitlichen und privaten Gründen zurückgetreten war, führte seit Anfang 2016 der zweite Vorstand Jan Pfeil die Geschicke der Kreisgruppe.

Lindner gewählt. Darüber hinaus wurden zahlreiche Beisitzer für die Fachbereiche Frauen, Berg- und Hundeführer, Kripo, Nachwuchsverbund, PIF / Grenze, Junge Gruppe und Senioren jeweils einstimmig bestellt.

Volker Skodowski übernahm als erste Amtshandlung die Ehrung lang verdienter Mitglieder und übergab anschließend das Wort



Das Foto mit der neuen Vorstandschaft von links nach rechts: Michael Ertl (BG-Vorsitzender), Michael Kirchner, Christian Beischl, Andreas Burghart, Steffi Engel-Jugovic, Alexander Sperl, Volker Skodowski, Thomas Wimmer, Frank Bentz, Jan Pfeil, Veronika Postruzin, Florian Lindner (nicht anwesend: Günther Blöckner, Bianka Luferseder, Arne Sedler und Florian Thieme)

Unter Wahlleitung des BG-Vorsitzenden Michael Ertl wurde der 43-jährige Volker Skodowski einstimmig zum KG-Vorstand gewählt. Jan Pfeil übernahm erneut das Amt des Stellvertreters. Der langjährige Finanzvorstand Christian Beischl und Schriftführer Frank Bentz wurden in ihren Positionen bestätigt, als Stellvertreter dieser Funktionen wurden Steffi Engel-Jugovic und Florian

an Michael Ertl. Der Vorsitzende der BG Oberbayern Süd referierte über politische und gewerkschaftliche Neuerungen, die in interessante Diskussionen übergingen. Florian Bauer von der Signal Iduna aus Rosenheim rundete den Abend mit Infos über Versicherungsleistungen ab und stand für eine Vielzahl von Fragen der Mitglieder zur Verfügung.

Fortbildung und Ausbildung der Polizei in Niederbayern

Durch Kabinettsbeschluss wurde in St. Quirin bekanntgegeben, dass im Bereich Freyung ein Fortbildungszentrum für Spezialeinheiten und zeitnah eine Ausbildungsmöglichkeit für Polizeianwärter entstehen wird. Eine seit Langem erhobene Forderung der GdP Niederbayern wurde endlich erfüllt. Nun gilt es, weiterhin am Ball zu bleiben und dem Versprechen Taten folgen zu lassen. Aus diesem Grund lud die GdP Bezirksgruppe Niederbayern den Bürgermeister der Stadt Freyung



und Bezirkstagspräsidenten Herrn Dr. Olaf Heinrich, sowie Herrn MdL Max Gibis zu einer Besprechung ins Polizeipräsidium Niederbayern ein. Bei dem Besuch wurden mit Herrn Polizeipräsidenten Josef Rückl die aktuellen Stände abgeglichen sowie das weitere Vorgehen besprochen. In angenehmer und offener Runde war man sich darin einig, dass man weiterhin in der Angelegenheit voranschreiten werde und das Polizeipräsidium Niederbayern bei Auftragserteilung seinen Beitrag erfüllen wird. Andreas Holzhausen

KG PVA: Mit Andrea Bauer erstmals „Tariflerin“ an der Spitze einer Kreisgruppe

Am 24.11.2016 fand beim Bayerischen Polizeiverwaltungsamt die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe PVA/ZBS mit den Neuwahlen der Vorstandschaft statt. In gemütlicher Atmosphäre gab der scheidende Vorsitzende Willi Rebel seinen Rechenschaftsbericht ab. Unter den Anwesenden konnte er auch den Präsidenten des Bayerischen Polizeiverwaltungsamts, Herrn Timo Payer und den

zeigt, welchen hohen Stellenwert dieser Bereich im Bayerischen Polizeiverwaltungsamt einnimmt. Beim Bayerischen Polizeiverwaltungsamt, zu dem auch die Zentrale Bußgeldstelle in Viechtach gehört, sind annähernd 200 Mitarbeiter aus dem Tarifbereich beschäftigt. Gemessen an der Gesamtmitarbeiterzahl sind das rund 40%. Aufgrund des außergewöhnlichen Aufgabenzuschnitts des Bayer. Polizeiverwaltungsamtes ist der Anteil an Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigten im Vergleich zu den anderen Polizeiverbänden sehr groß. In großen Registraturen und eigenen Zahlstellen-Sachgebieten in Viechtach und Straubing arbeiten hier alleine rund 65 Tarifbeschäftigte in den Entgeltgruppen 4 bis 6. Durch die eigene Ausbildung von Verwaltungsbeamten in der II. und III. QE werden seit Jahren Pensionierungsabgänge ausgeglichen. So arbeiten mittlerweile rund 170 Verwaltungsbeamte (also ca. 60% aller Beamten des PVA) mit ihren Vollzugsbeamtenkollegen zusammen. Dieser Besonderheit muss im Rahmen der gewerkschaftlichen Tätigkeit entsprechend Rechnung getragen werden. Viele der aktuell auf Bundes- und Landesebene diskutierten Themen, die im einzelnen für die Bayerische Polizei im Gesamten natürlich wichtig sind und auch mit dem nötigen Nachdruck gewerkschaftlich begleitet werden müssen, sind für den Vollzugs- und Einsatzbereich maßgebend. Die Verwaltung fühlt sich jedoch nur selten direkt angesprochen. Die Wahl einer „Tariflerin“ zur KG-Vorsitzenden könnte diesbezüglich ein Schritt in die richtige Richtung sein.



Vorsitzenden der Bezirksgruppe Niederbayern, Andreas Holzhausen, begrüßen.

Durch die anschließenden Neuwahlen bildet nun ein gut gemischtes Team aus jungen und alten Gewerkschaftshasen, Tarifbeschäftigten, Verwaltungs- und Vollzugsbeamten, die Vorstandschaft der Kreisgruppe. Die Funktion der neuen Vorsitzenden übernahm Andrea Bauer. In das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden wurde Josef Peschl gewählt. Die Aufgaben des Kassenvorstands und des Schriftführers übernehmen künftig Viktoria Schmidt und Werner Bauer. Die Ämter der jeweiligen Stellvertreter fielen auf Ramona Wanninger und Claudia Holzappel. Vertreterin der JUNGEN Gruppe ist weiterhin Theresa Niedermeier. Die Kassenprüfer Anton Bauer und Harald Bruckmeier komplettieren das Team.

Mit Andrea Bauer übernimmt zum ersten Mal in der Geschichte der GdP Bayern eine Tarifbeschäftigte die Leitung der Geschicke einer KG. Andrea Bauer war bislang bereits in verschiedenen Funktionen in der GdP auf Landes-, Bezirks- und Kreisgruppenebene tätig. Neben Funktionen in der JUNGEN Gruppe und der Frauengruppe war sie bislang als Kassenvorstand der KG PVA/ZBS aktiv und konnte dort bereits ihre organisatorischen Fähigkeiten unter Beweis stellen. Die Wahl einer Tarifbeschäftigten aus dem Verwaltungsbereich

Gewerkschafts-
akademie der
Gewerkschaft
der Polizei
Bayern

2017

BILDUNGSPROGRAMM[®]

<p>Vorbereitung auf den Ruhestand I 06. – 07. Februar 2017 (nur noch Warteliste) Leitung: Kurt Köpf Höchstteilnehmer: 17 Personen Keine Reisekosten – keine Dienstbefreiung</p> <p>Rhetorik I 06. – 08. März 2017 Leitung: Sipp Mehlinger Höchstteilnehmer: 10 Personen Keine Reisekosten – keine Dienstbefreiung</p> <p>Arbeitsschutzseminar 29. – 31. März 2017 (nur noch Warteliste) Leitung: Günter Kellermaier + Reinhard Brunner Höchstteilnehmer: 19 Personen</p> <p>Fachtagung auf Landesebene 03. – 05. April 2017 Leitung: Michael Ertl Höchstteilnehmer: 15 Personen</p> <p>Fachtagung für GdP-Vorstände 08. – 11. Mai 2017 Leitung: Michael Ertl Höchstteilnehmer: 15 Personen</p> <p>Berlin-Seminar der GdP www.rth-berlin.com 07. – 13. Mai 2017 Leitung: Edgar Ihm Ort: Robert-Tillmanns-Haus, Berlin Höchstteilnehmer: 38 Personen Eigenanteil: 430,00 € im DZ + 60,00 € im EZ</p> <p>Seminar der Frauengruppe auf Landesebene www.oss-staetterskirchen.de 10. – 12. Mai 2017 Ort: Oase Staetterskirchen, Hohenwart Leitung: Christiane Kern Höchstteilnehmer: 15 Personen</p>	<p>Gesundheits-/Fittnesseminar inkl. Lebenspartner 02. – 11. August 2017 Ort: Bergunterkunft Sudelfeld (www.polizei.bayern.de) Höchstteilnehmer: 25 Personen Eigenanteil: 150,00 € Keine Reisekosten – keine Dienstbefreiung</p> <p>Fachtagung auf Landesebene 18. – 20. September 2017 Leitung: Michael Ertl Höchstteilnehmer: 15 Personen</p> <p>Fachtagung für Tarifbeschäftigte 04. – 06. Oktober 2017 Leitung: Karin Penzinger Höchstteilnehmer: 15 Personen</p> <p>Rhetorik II 23. – 25. Oktober 2017 Leitung: Sipp Mehlinger Höchstteilnehmer: 10 Personen Keine Reisekosten – keine Dienstbefreiung</p> <p>Vorbereitung auf den Ruhestand II 13. – 14. November 2017 Leitung: Kurt Köpf Höchstteilnehmer: 17 Personen Keine Reisekosten – keine Dienstbefreiung</p> <p>JUNGE GRUPPE-Seminar: Drogen im Straßenverkehr Termin noch nicht bekannt Höchstalter: 26. Lebensjahr Leitung: Kathrin Bilmann Ort: Schwarzenkopfhütte Schliersee (www.polizei.bayern.de) Höchstteilnehmer: 18 Personen Keine Reisekosten – Dienstbefreiung möglich</p> <p><small>Soweit nicht anders angegeben finden die Seminare im Hotel Dirsch, Titting-Emsing (www.hotel-dirsch.de) statt und sind dienstbefreiungsfähig. Anfallende Reisekosten werden erstattet. Infos: schulung@gdpbayern.de, www.gdpbayern.de oder Code scannen</small></p>
---	---

Anmeldungen ausschließlich über die Bezirks- bzw. Personengruppen. Die Auswahl behält sich der Landesbezirk vor. *Änderungen vorbehalten

Das Bildungsprogramm 2017 findet Ihr auf unserer Homepage www.gdpbayern.de; zum Öffnen bitte das Bild anklicken

FUJITSU-PRODUKTE FÜR GdP-MITGLIEDER

**Weihnachten wird traumhaft
mit unseren Geschenke-Tipps!**

Ausführliche Produktinformationen sowie
weitere Angebote und Bestellungen unter

<http://shop.fujitsu.com/gdp>

Mit Deiner Mitgliedsnummer anmelden,
in Ruhe auswählen und online bestellen!
Oder Code scannen und anmelden ...



699,- €*

68,5 cm (27")

199,90 €*

FUJITSU

shaping tomorrow with you

44,90 €*

989,- €*

FUJITSU Sportive Backpack 15

Schutz für Ihr Notebook und Tragekomfort
für jeden Tag:

- Hohe Qualität und Stabilität
- Optimierte Ergonomie
- Max. Notebook-Größe:
bis 15,6 Zoll/385 x 265 x 40 mm

Nur 44,90 €* (statt 60,- €)

ESPRIMO PH556

Leistungsstarker Multimedia-PC:

- Intel® Core™ i5-6400-Prozessor
(4x 2.70 GHz)
- 8 GB RAM; 256 GB SSD +
1000 GB HDD Festplatten
- DVD Super Multi + MultiCard
Reader 24 in 1
- NVIDIA® GeForce® GTX 745
Grafikkarte

Nur 699,- €* (statt 749,- €)

DISPLAY L27T-1

Großer Bildschirm zum kleinen Preis:

- Diagonalgröße: 68,5 cm (27 Zoll)
- Auflösung (nativ): 1.920 x 1.080 Pixel
(empfohlen)
- 2 x USB (seitlich), integrierte
Lautsprecher

Nur 199,90 €* (statt 259,- €)

STYLISTIC R726

Business Tablet. Business Notebook:

- Das perfekte 2-in-1 Gerät
- Microsoft Windows 10 Professional
- Inkl. Magnet-Tastatur
- Active Pen für Stifteingabe
- Stabiles Magnesium-Aluminium-
gehäuse

Ab 989,- €* (statt 1.049,- €)

Made in
Germany



GdP Service GmbH

* Alle Preise beinhalten die gesetzl. MwSt.; ab 100,- € Warenwert versandkostenfrei. Irrtümer und Druckfehler vorbehalten. Angebot gilt, solange Vorrat reicht.

GdP Service GmbH · Hansastrasse 17 · 80686 München · Telefon: 0 89 - 57 83 88 20 · Fax: 0 89 - 57 83 88 21 · www.gdp-service-gmbh.de